

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir nun zur Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge kommen.

Wir stimmen zunächst ab über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/7540. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags zu? – Die SPD-Fraktion sowie Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU, FDP, Herr Langguth und Herr Neppe, fraktionslos, enthalten sich.

Damit ist der **Antrag Drucksache 17/7540** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und der beiden fraktionslosen Abgeordneten gegen die Stimmen der AfD **angenommen**.

(Beifall von der SPD)

Wir stimmen zweitens ab über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/7608. Auch über diesen Entschließungsantrag ist direkt abzustimmen. Wer stimmt zu? – CDU, FDP, SPD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Langguth stimmen diesem Entschließungsantrag zu. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und AfD-Fraktion ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/7608** einstimmig **angenommen**.

Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts angelangt. Ich rufe auf:

4 Bürger in NRW vor Bevormundung und Abzocke schützen – Belastungen durch das Klimakabinett stoppen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7532

In Verbindung mit:

Mit dem Klimaschutzpaket der Bundesregierung können die Klimaziele nicht erreicht werden – Landesregierung muss sich für Verbesserungen einsetzen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7538

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7606

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Drucksache 17/7611

Die Aussprache ist eröffnet, und als Erste spricht für die grüne Fraktion die Fraktionsvorsitzende, Frau Düker.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Frage steht im Raum: Reicht das sogenannte Klimapakete der Großen Koalition in Berlin aus, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen? Die Antwort lautet schlicht und einfach: Nein, das tut es nicht.

Acht Monate nach Vorlage des Berichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ – das ist einen Monat mehr, als die Kommission selber brauchte, um ein Ergebnis zu erarbeiten – haben wir zwar kein Gesetz, das eigentlich notwendig wäre, aber zumindest ein Ergebnis des sogenannten Klimakabinetts. Acht Monate nach Vorlage des Kommissionsberichts kann man dieses Paket nur als Dokument des Politikversagens bezeichnen, denn es ist zulasten der nachfolgenden Generation, und wir werden damit die Klimaschutzziele krachend verfehlen. Das sieht auch eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland so. 53 % der Menschen in Deutschland sagen: Das ist unzureichend!

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch die Wissenschaft ist sich ziemlich einig. Ottmar Edenhofer vom Potsdam Institut sagte bei Anne Will am Sonntagabend danach: Die Klimaziele werden nicht erreicht. Politik ist zwar die Kunst des Möglichen, hat aber versäumt, das Notwendige möglich zu machen. – Das ist an Deutlichkeit nicht zu überbieten.

Bemerkenswert ist, dass an dem Tag, an dem das Klimakabinett das entschieden hat, 1,4 Millionen Menschen in Deutschland auf der Straße standen. Beim Kampf gegen die Atompolitik waren es nicht so viele. Das hat selbst der Kampf um den Atomausstieg nicht geschafft. 1,4 Millionen Menschen auf der Straße setzen sich für mehr Klimaschutz ein. Dieser Rückenwind war eine einmalige Chance, genau das, was von der Wissenschaft und den Menschen im Land erwartet wird, möglich zu machen. Natürlich hat Angela Merkel recht: Es geht um nicht weniger als um eine Menschheitsherausforderung. – Sowohl die Große Koalition in Berlin als auch Schwarz-Gelb hier im Land sind an ihren eigenen Ansprüchen krachend gescheitert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Weil die Redezeit nicht ausreicht, all das aufzuzählen, was fehlt, nur das aus unserer Sicht Relevanteste:

Erstens und vor allem Richtung SPD: Das Ganze ist nicht sozial gerecht. Wenn durch eine CO₂-Beprei-

sung eine Mehrbelastung entsteht, dann muss zwingend eine Pro-Kopf-Rückerstattung erfolgen, um erstens Akzeptanz, zweitens Anreize für eine Einsparung zu schaffen und drittens soziale Brüche zu verhindern. Hier ist etwas konzeptionell grundfalsch angelegt. Im Übrigen hat das Gutachten, das die Regierung selbst in Auftrag gegeben hat, genau das festgestellt, aber es wurde nicht umgesetzt.

Und dann kommt die Pendlerpauschale. Erstens ist die Pendlerpauschale eine Überkompensation und zweitens profitieren die falschen, nämlich die Besserverdienenden, und nicht diejenigen, die wenig Geld in der Tasche haben. Das ist der größte strukturelle Fehler an diesem Klimapaket.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Es ist völlig wirkungslos und ambitionslos,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

mit einer Bepreisung von 10 Euro an den Start zu gehen. Herr Brockes, Sie kennen doch die Berechnungen. Eine Tonne CO₂ wird vielleicht nicht Sie und mich, aber unsere nachfolgenden Generationen 180 Euro Folgekosten kosten. Deswegen sind 10 Euro ein völlig falscher Einstieg in die CO₂-Bepreisung. Das reicht auf keinen Fall aus.

Drittens. Ein ganz großer Fehler ist, dass hier mit der Neuausrichtung der Verkehrspolitik nicht begonnen wurde. Es ist ein Sektor, der bei den Klimazielen nicht nur nichts erreicht hat, sondern in dem die Emissionen sogar noch steigen. Gerade in diesem Sektor ist es völlig unzureichend, lediglich eine Mehrwertsteuersenkung im Bereich der Bahn vorzunehmen und die Kfz-Steuer irgendwie an die CO₂-Emissionen zu koppeln, und das in dieser Pauschalität. Das ist ja nicht verbranntes CO₂, sondern das wird auch für ein Auto bezahlt, das vielleicht nicht fährt. Das reicht bei Weitem nicht aus für das, was wir brauchen, um eine Mobilitätswende zu erreichen.

Selbstverständlich braucht es Anreize – davon gibt es viel zu wenige in dem Paket –, aber gerade bei der Mobilitätswende braucht es auch einen ordnungsrechtlichen Rahmen mit einem klaren Fahrplan zur Beendigung des Verbrennungsmotors. Auch hier lautet das Fazit: zu wenig, zu unverbindlich, zu viel Klein-Klein. – Die Bevölkerung und die Wissenschaft sagen zu Recht: Das reicht nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schön, dass die SPD heute unsere Kritik im Wesentlichen teilt. Unverständlich, liebe Kollegen von der SPD, ist, warum Sie das als Regierungspartei in Berlin nicht umsetzen. Geradezu unverständlich, Herr Pinkwart, finde ich Ihre Äußerung und die des Ministerpräsidenten nach der Vorstellung, dass Sie das alles zu ambitionslos fänden, da fehlten konkrete Impulse, das sei nicht ausreichend. Dann sagen Sie uns doch bitte heute, was Sie im Bundesrat tun, um

darin etwas zu ändern. Dem Antrag der Koalitionsfraktionen konnte ich das nicht entnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Düker, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Deppe, Sie haben das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Düker, Sie haben sich eben mit der Pendlerpauschale auseinandergesetzt. Ich hoffe nicht, dass Sie wie Herr Harbeck auch nicht wissen, wie die zustande kommt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie kommt die denn zustande?)

Sie sind ja Düsseldorferin. Ein Großteil der Menschen wohnt jedoch nicht in Kernstädten und in Großstädten. Können Sie dem Haus einmal erklären, warum Menschen, die weite Wege zur Arbeit pendeln, nach Ihrer Aussage zu den Besserverdienenden gehören? Hier verweise ich nur auf das Bergische Land, in dem ich wohne und wo ich sehe, welchen Siedlungsdruck von Menschen wir haben, die sich das Wohnen in Köln nicht mehr leisten können und deshalb weiter von der Stadt wegziehen. Wie kommen Sie zu dem Ergebnis, man würde damit ausgerechnet die Besserverdienenden unterstützen? Die Frage an Sie: Haben Sie nicht zu sehr einen Blick aus der Sicht der besserverdienenden Großstädter?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. Ich empfehle an der Stelle die Lektüre der Geschäftsordnung bezüglich einer kurzen Zwischenfrage. – Jetzt hat Frau Kollegin Düker die Möglichkeit zur Beantwortung.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Deppe, die Antwort für die Pendler im ländlichen Raum – ich bin im ländlichen Raum groß geworden, habe dort meine Jugend verbracht und weiß, was dort das Auto bedeutet –

(Rainer Deppe [CDU]: Das haben Sie wohl vergessen!)

ist eine bessere ÖPNV-Anbindung an ihren Arbeitsplatz – das ist doch die zentrale Antwort –,

(Beifall von den GRÜNEN)

damit man ihnen eine Möglichkeit des Umstiegs gibt.

Was die Besserverdienenden angeht, das ist eine andere Debatte.

Wenn ich auf der einen Seite mit einer CO₂-Bepreisung für die Menschen eine Belastung vorsehe – wir wollen alle nicht die Gelbwesten, die es in Frankreich gab, bei uns auf der Straße haben –,

(Marc Herter [SPD]: Aha!)

dann muss es eine Eins-zu-eins-Erstattung und eine Pro-Kopf-Erstattung geben, ob es nun eine Klimaprämie ist, wie es die Kollegen der SPD sagen, oder ein Bürgergeld ist, wie wir sagen. So muss eine Rückerstattung erfolgen.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Aber wenn man eine Kompensation dieser Mehrbelastung über eine Pendlerpauschale macht, dann passt das nicht zueinander. Dann bekommen nämlich diejenigen, die unter Umständen mit der CO₂-Bepreisung hoch belastet sind, weniger Geld zurück als diejenigen, die niedrig belastet sind, die mit der Pendlerpauschale dann eine Überkompensation haben.

Das ist nicht die Steuerung, die wir brauchen. Das heißt, selbstverständlich müssen die Menschen im ländlichen Raum eine bessere Anbindung an ihre Arbeitsplätze haben und dürfen nicht schlechter gestellt werden. Aber wir brauchen vor allen Dingen eine sozialverträgliche akzeptierte CO₂-Bepreisung, die – noch einmal – Anreize schafft, CO₂ einzusparen und vor allen Dingen akzeptiert wird, weil durch sie keine sozialen Brüche erfolgen. Das ist das strukturelle Hauptproblem dieses Klimapakets.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da sind zwei Instrumente übereinandergebracht worden, die nicht übereinander gehören.

Und das fehlt diesem Klimapaket: Es fehlt ein Gesamtkonzept für alle Sektoren. Ich habe noch nicht den Sektor Landwirtschaft erwähnt. Dass die industrielle Massentierhaltung auch etwas mit Klimaschutz zu tun hat, hat Frau Klöckner, glaube ich, bis heute noch nicht verstanden. Ich habe ebenfalls noch nicht den Gebäudebereich erwähnt – auch hier geht es um Sozialpolitik –, wo die energetische Sanierung selbstverständlich stärker steuerrechtlich angerechnet werden muss. Denn das bezahlen dann nämlich die Mieterinnen und Mieter.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Auch hier müssen wir für einen sozialen Ausgleich sorgen, auch hier fehlt es an entscheidenden Schrauben.

Also zusammengenommen: Wenn wir die Sektoren ansehen, sind überall kleine Rädchen gedreht und hier ein Förderprogramm und da ein Anreiz gesetzt worden. Aber insgesamt ergibt das doch kein Ge-

samtkonzept, wie wir miteinander in eine klimaneutrale Zukunft gehen können. Nichts weniger brauchen wir, und nichts weniger gibt uns das Pariser Klimaschutzabkommen auf. Deswegen sage ich: Dieses Konzept hat seine Ziele verfehlt. Die GroKo ist an ihren Ansprüchen gescheitert.

Herr Pinkwart, wenn Sie vor der Haustür weiter an Ihrer Sabotage bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien festhalten

(Heiterkeit von der SPD)

– das haben Sie auch schwarz auf weiß –: Mit der Halbierung der Flächen für Windenergie werden Sie keine Verdoppelung erreichen.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Nichts weniger als eine Verdoppelung brauchen wir aber, um das 65%-Ziel des Anteils erneuerbarer Energien zu erreichen. Das heißt: Hören Sie auf, hier Bekenntnisse abzugeben. Handeln Sie endlich hier in NRW; lassen Sie Ihren Worten endlich Taten folgen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Die GroKo in Berlin braucht Gegenwind. Ich hoffe, dass der Gegenwind auch aus Nordrhein-Westfalen kommt. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Als nächster Redner hat für die antragstellende Fraktion des Antrags Drucksache 17/7532 Herr Abgeordneter Loose für die Fraktion der AfD das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während Herr Pinkwart immer wieder von technologieoffenen Lösungen redet, fackelt die Bundesregierung nicht lange und verbietet einfach Technologien. Denn die Regierung will den Einbau von Ölheizungen verbieten. Die Regierung allein sagt, dass Gasheizungen gute Heizungen und Ölheizungen schlechte Heizungen sind. Und wenn die Regierung das sagt, dann muss es wohl auch stimmen.

Knapp fünf Millionen Ölheizungen haben wir in Deutschland, und Ölheizungen haben auch Vorteile. So wird Öl aus 30 Ländern importiert, während wir beim Gas von wenigen Ländern abhängig sind. Das heißt, wenn der Russe den Gashahn zudreht, dann stehen die Leute mit einer Gasheizung vor einem Problem, während die Menschen mit einer Ölheizung weiter aus ihrem Tank schöpfen können.

Doch Frau Merkel will die Menschen zwingen, auf Ölleistungen zu verzichten. Wir von der AfD wollen aber, dass die Menschen noch frei sind und selbst entscheiden können. Noch sind wir nicht in der DDR, und dahin wollen wir auch nie wieder zurück.

Zusätzlich zu den Verboten kommen jetzt neue Steuern. Die heißen nur diesmal CO₂-Zertifikate, und wieder trifft es die Autofahrer. Dabei haben wir gerade beim Verkehr mit die höchsten Belastungen der Welt. So beträgt allein die Mineralölsteuer inklusive der Mehrwertsteuer umgerechnet bereits jetzt mehr als 300 Euro pro Tonne CO₂, Frau Düker. Das ist deutlich mehr als Ihre 180 Euro.

Doch CDU, SPD und Grünen und mit dem Entschließungsantrag auch der FDP reicht das noch nicht. Der Preis muss steigen, höher und höher. Denn schließlich braucht Deutschland Geld. Wer wird das am Ende bezahlen? Die Krankenschwester, die morgens um fünf Uhr zur Arbeit muss, für die übrigens kein Bus fährt, Frau Düker, oder der Malocher in der Fabrik, der um 22 Uhr bei der Nachtschicht sein muss, wo auch kein Bus hinfährt.

Hören Sie doch endlich auf, die Axt an unsere freie Wirtschaft zu legen. Reicht es nicht, dass die Menschen bereits jetzt den höchsten Strompreis bezahlen? Reichen Ihnen nicht mehr als 300.000 Stromsperren jedes Jahr, 300.000 Haushalte, 300.000 Familien, die sich den Strom aufgrund Ihrer Politik nicht mehr leisten können, damit dann der Lehrer seine TV-Anlage auf dem Dach bezahlt bekommt und die Windkraftlobby sich dumm und dämlich verdient?

Wir aber sagen: Nein. Es wird Zeit, dass Sie aufhören, neue Steuern zu erfinden. Fangen Sie endlich an zu sparen. Denn Nachhaltigkeit bedeutet nichts anderes als Sparsamkeit.

Doch – wie gesagt – dem Finanzminister fehlen wohl Gelder, die meistens dann aber nicht der deutschen Bevölkerung zugutekommen, sondern für Griechenlandrettung, Millionen von Migranten oder für einen erhöhten EU-Beitrag genutzt werden, den wir ja demnächst brauchen, wenn der Brexit kommt.

Dabei hat der Finanzminister bereits seit Jahren genügend Finanzmittel. Es gibt Rekordsteuereinnahmen, und aufgrund der Niedrigzinspolitik hat der Finanzminister in den letzten zehn Jahren 370 Milliarden Euro an Zinsen gespart, was letztendlich zulasten der Sparer in Deutschland geht, die ihre Lebensversicherung demnächst vielleicht nur noch zur Hälfte ausgezahlt bekommen, und auch zulasten der Steuerzahler.

Wieder reicht das Geld nicht. Deshalb jetzt der geniale Einfall: CO₂-Steuern müssen her, CO₂-Steuern auf Benzin und auf Diesel für den Autofahrer, CO₂-Steuern auf Diesel für Landwirte – damit werden auch landwirtschaftliche Produkte teurer –, CO₂-Steuern für das Heizen, CO₂-Steuern für das Fliegen.

Und der dumme Michel zahlt es, oder es bleibt halt die Wohnung für die Familie kalt. Denn jede Kritik an dieser Politik wird öffentlich an den Pranger gestellt. Zuletzt traf es den Kabarettisten Dieter Nuhr.

Wer aber eine freie Debattenkultur in einem freien Land haben möchte, der darf Themen nicht tabuisieren. Dazu gehört auch die Kritik an der sogenannten Energiewende. Wer solche Debatten unterdrückt, stellt sich selbst ins Abseits unserer freien Demokratie. Fangen Sie an, sich für eine freie Wirtschaft, für eine Technologieoffenheit und gegen Verbote und neue Steuern zu engagieren. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Für die Fraktion der CDU hat nun Herr Abgeordneter Rehbaum das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Henning Rehbaum (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Klimapaket der Bundesregierung ist der Einstieg in die konsequente technologieoffene Umstellung der Volkswirtschaft auf CO₂-Neutralität in allen Sektoren.

CO₂ ist die neue Währung nicht nur bei der Energieerzeugung, sondern auch bei Gebäuden und Mobilität. Wer CO₂ spart, wird belohnt. Wer in CO₂-sparende Technologie investiert, wird unterstützt.

Wichtig ist, dass auf diesem Weg jeder mitgenommen wird und CO₂-Bepreisung europaweit läuft.

Die Grünen haben offensichtlich Angst vor einem Sinken ihrer Umfragewerte und radikalisieren sich zusehends auf dem Rücken von Familien, Pendlern, Rentnern, Eigenheimbesitzern, Unternehmen und Landwirten.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Politik hat die Pflicht, zu Ende zu denken, was ihre Entscheidungen bewirken. Es kann und darf bei der Energiewende nicht darum gehen, kurzfristig Trophäen zu präsentieren, um Umfrageprozentage zu gewinnen. Es geht jetzt darum, die Volkswirtschaft einer der größten Industrienationen der Erde umzustellen.

Wir Christdemokraten in Bund und Ländern wollen Bürger und Wirtschaft auf diesem Weg mitnehmen. Wir wollen, dass diese Operation am offenen Herzen unserer Volkswirtschaft dauerhaft gelingt.

Es klingt so einfach, die Kosten für CO₂ ad hoc massiv anzusetzen, um den Menschen das Autofahren abzugewöhnen. Aber spielen wir das doch mal durch: Millionen von Bürgern in Nordrhein-Westfalen sind auf das Auto angewiesen, auf dem Land, aber auch in der Stadt. Investitionsentscheidungen sind getroffen worden. Oft sind Darlehen abzuzahlen.

Ein sofortiger vorzeitiger Austausch des gut gebrauchten Pkw hin zu einer kleineren Motorisierung, zu Elektromobilität oder Wasserstoff ist für Otto Normalverbraucher nicht möglich.

Davon abgesehen muss man ernsthaft eine Frage stellen: Ist die vorzeitige Verschrottung mehrerer Millionen mit viel CO₂-Ausstoß hergestellter Fahrzeuge auf einen Schlag eigentlich ein positiver oder ein negativer Beitrag zum Klimaschutz?

Gleiches gilt für die Fuhrparks von Handwerkern oder im ÖPNV, die noch nicht abgeschrieben sind. Sollen Zigtausende gut erhaltene Busse und Züge vorzeitig verschrottet und ersetzt werden?

Mit ihren krassen Forderungen erhaschen die Grünen vielleicht Applaus in ihrer Szene, vielleicht sogar ein Prozentpünktchen in den Umfragen; ihre Forderungen würden aber Millionen von Familien, Berufspendler, Rentner, Nahverkehrsbetriebe, Handwerker und Landwirte in finanzielle Schwierigkeiten stürzen, weil sie ihre Fahrzeuge so kurzfristig nicht austauschen können und nicht jedes Dorf im 10-Minuten-Takt an Bus und Bahn angeschlossen werden kann – und das wissen Sie ganz genau.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch der Industrie mit ihren rund 1,4 Millionen Beschäftigten allein in Nordrhein-Westfalen müssen wir eine realistische Chance geben, vernünftig in klimafreundliche Technologie zu investieren.

Es ist ganz einfach: Werden Unternehmen jetzt mit einem zu hohen CO₂-Preis geschwächt, gehen sie unter oder sie verlassen das Land samt ihres CO₂-Ausstoßes. Nur wirtschaftlich starke Unternehmen investieren in Klimaschutz und Arbeitsplätze vor Ort, und das ist unser Ziel.

(Beifall von der CDU und der FDP)

SPD und Grüne haben 2016 den Leitantrag zum Braunkohleabbau bis 2045 verabschiedet und für NRW 2013 mutlose 25 % CO₂-Reduktion bis 2020 beschlossen, Totalausfall beim Photovoltaikausbau, mickriger Radwegeausbau, keine Stadtbahnsanierung, keine Reaktivierung von Eisenbahnstrecken, dafür eine massive Klagewelle gegen ihre eigene Windkraftpolitik. Die Klimaschutzbilanz der rot-grünen Landesregierung bis 2017 ist eine große Enttäuschung. Sie hatten Ihre Chance. Sie haben sie nicht genutzt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dafür überschlagen Sie sich jetzt mit werbewirksamen Forderungen: massive CO₂-Steuer, sofortiges Verbot von Ölheizungen, Verbot von Verbrennungsmotoren. Die neuesten Verbotsideen der Grünen machen den Menschen Angst und treiben einen Keil in die Gesellschaft.

Die Wissenschaft warnt uns zu Recht vor Klimakipppunkten, und hier ist Entschlossenheit gefragt. Es gibt aber auch gesellschaftliche Kipppunkte, und auch deren Eintreten müssen wir alle verhindern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sich bei der Bewahrung der Schöpfung feige wegzuducken wie die AfD, ist keine Alternative.

Die SPD wiederum hat Klimachao-stage eingeläutet: jeder gegen jeden. Die SPD-Landtagsfraktion fällt mit der heute hastig eingebrachten Forderung nach einer CO₂-Steuer, mit der man keine CO₂-Mengen steuern kann, und dem Einfrieren der Pendlerpauschale den eigenen Bundesministern Schulze und Scholz, dem Bundesfraktionsvorsitzenden Mützenich und Malu Dreyer in den Rücken und Millionen Berufspendlern in Nordrhein-Westfalen gleich mit.

Wie wir hören, ist nun doch ein Einsparziel für 2040 im Entwurf des Klimaschutzgesetzes von Ministerin Schulze, das heute durch das Bundeskabinett gegangen sein soll, und das ist richtig so.

Der Investitionsvorlauf der Industrie für großtechnische Anlagen beträgt 20, 30 Jahre. Politik muss Unternehmen Planungssicherheit geben, wenn wir von ihnen millionenschwere Investitionsentscheidungen für Klimaschutz und Energieeffizienz wollen.

(Beifall von der CDU)

Die Wirtschaft will ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, doch sie braucht Investitionssicherheit.

Der Rahmen ist gesetzt; jetzt kommt es auf die Details an. Jetzt ist es wichtig, dass folgende Punkte im Klimapaket enthalten sind, damit die Energiewende gelingt:

die Stärkung der Sektorkopplung, die deutliche Absenkung der EEG-Umlage und der Stromsteuer auf das europäische Minimum, die Abschaffung des 52-Gigawatt-Deckels für Photovoltaik, wie von uns im Bundesrat gefordert, der Abbau der steuerlichen und regulatorischen Hemmnisse für den Mieterstrom, die Abschaffung der doppelten Abgabenbelastung von Energiespeichern, klare Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke für dunkle und windstille Tage, die unbürokratische steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die faire Lastenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Der CO₂-Handel muss unbedingt europaweit erfolgen, um Stahl-, Aluminium-, Zement-, Chemie-, Glas- oder Papierherstellung nicht ins Ausland zu vertreiben.

Die jährliche Überprüfungs Klausel muss aktiv genutzt werden, um mit jedem Jahr bei unserem Zieldreieck besser zu werden: Bewahrung der Schöpfung, Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sowie bezahlbare Energie für Familien und Unternehmen.

Das ist unser Kompass für die Energiewende. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rehbaum. – Es gibt eine Kurzintervention zu Ihrer Rede, angemeldet von der AfD-Fraktion. Die wird Herr Loose durchführen; damit hat er das Wort. Sie werden, wie ich sehe, vom Platz aus antworten, Herr Rehbaum. – Bitte schön, Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Rehbaum! Die Bewahrung der Schöpfung – ja, das wollen wir als AfD. Wenn nicht wir, wer eigentlich dann?

(Zuruf von der SPD: Alle anderen! Alle anderen!)

Sie alle verschwenden Gelder, Milliarden. Sie haben in der Vergangenheit schon 200 Milliarden für die sogenannte Klimarettung verschwendet, ohne eine einzige Tonne CO₂ zu reduzieren. Das geht auch noch auf die nächste Generation über, die die EEG-Umlage in den nächsten 20 Jahren bezahlen muss.

Wir empfehlen, sich die Schöpfung vor Ort anzuschauen. Wir wollen zum Beispiel keine Kinderarbeit im Kongo für den Abbau von Kobalt für Elektroautos. Wir wollen keine Wasserverschwendung in Südamerika bei der Gewinnung von Lithium für Elektroautos. Wie wollen keine Hölle auf Erden – wie es so schön beschrieben wird – beim Abbau von Neodym in China.

Damit könnten wir zur Bewahrung der Schöpfung beitragen. Das Einzige, was Sie machen, ist, stur immer nur auf CO₂ zu gucken und die Menschen in der Welt im Stich zu lassen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Rehbaum, bitte schön.

Henning Rehbaum (CDU): Herr Kollege Loose, Sie haben die Frage nach den Rohstoffen und den Abbaumethoden für Batterien angesprochen. Weil das Thema „Recycling“ für Akkus ein so wichtiges Thema ist, hat das Bundesforschungsministerium den Zuschlag für Batterieforschung und -fertigung nach Nordrhein Westfalen gegeben und mit 500 Millionen Euro unterstützt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung packt noch mal 200 Million Euro drauf.

Der zentrale Punkt, warum der Zuschlag nach Nordrhein-Westfalen ging, ist, dass dort das Thema „Recycling“ ganz oben auf der Prioritätenliste steht. Genau das ist die Antwort auf Ihre Frage, wie wir die

Abbaumethoden für Rohstoffe und die Fertigungsmethoden für Batterien verbessern.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rehbaum. – Als Nächster spricht für die SPD-Fraktion, Herr Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rehbaum, alle Achtung, ich muss schon sagen. Sie sind doch Sprecher im Wirtschaftsausschuss. Sprechen Sie mal mit Ihrem Wirtschaftsminister. Sie greifen das Klimaschutzgesetz der rot-grünen Landesregierung an. Ihr Minister sagt, durch das Gesetz hätten wir 27 % eingespart – und Sie sagen hier, wir hätten nichts getan.

(Zurufe von Henning Höne [FDP] und Alexander Brockmeier [FDP])

Dass Sie im Bereich von Energie- und Klimaschutzpolitik ein Irrfahrer sind, wussten wir schon lange, aber heute haben Sie es noch mal unter Beweis gestellt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Kein roter Faden, keine klare Linie. Sie ruhen sich auf dem aus, was Rot-Grün hier beschlossen hat, und sagen heute, es sei eine Irrfahrt gewesen.

Sie haben nach zweieinhalb Jahren nichts vorzuweisen, blockieren die Windkraft und reden von Photovoltaik an Baggerseen. Dann stellen Sie sich hier hin und sagen, Sie hätten einen Kompass. – Null. Gar nichts. Wenn, fahren Sie immer vor die Wand mit einem wahrscheinlich nicht mal ordentlichen Diesel, Herr Rehbaum. Das ist Ihre Antwort auf die Klimafrage hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Svenja Schulze hier ausdrücklich loben und habe ihr gestern Abend bei einem Telefonat noch gesagt: Wenn du mit Söder und mit Seehofer verhandeln musst, gehört dir die Solidarität der SPD-Fraktion, denn da scheitern wichtige Maßnahmen im Bau- und im Verkehrsbereich und nicht an der Ministerin, die versucht, Klimaziele für alle Sektoren zu organisieren, wie wir sie notwendigerweise auch im Land brauchen. Sprechen Sie mal mit denen. Oder reden Sie mit denen genauso um den heißen Brei herum, wie hier in der Debatte?

(Beifall von der SPD)

Weil die Debatte der letzten Tage und Wochen sehr emotional war, will ich es noch mal darauf herunterbrechen, welche Aufgaben wir eigentlich haben und worüber wir eigentlich reden.

In meinem Redemanuskript steht hier „persönliche Note“: Ich mache darauf aufmerksam, dass ich 1990 in Dülmen im Bereich Klima und Energie angefangen habe. Damals sind alle belächelt worden, die das organisierten. Damals hat VEW noch Anzeigen geschaltet, in denen es hieß, dass Windkraft niemals einen Beitrag zur Energieversorgung leisten werde.

Warum sage ich das heute, Kolleginnen und Kollegen? – Ich will deutlich machen, dass wir uns immer auf einen Pfad begeben und weil es für uns Sozialdemokraten wichtig ist, dass die massiven Herausforderungen, die wir hier angehen müssen, natürlich immer in Dekaden zu denken sind.

Ich weise darauf hin, dass wir mit „Fridays for Future“ – Menschen, die den notwendigen Wandel und einen Fortschrittmotor in Nordrhein-Westfalen wollen – ins Gespräch kommen müssen.

Wir dürfen aber nie aus den Augen verlieren, dass wir die Menschen auch mitnehmen und sie von unseren Ideen und den Notwendigkeiten überzeugen müssen. Wir müssen verantwortlich und verantwortungsbewusst handeln. Das müssen wir im Dialog organisieren.

Die rot-grüne Landesregierung hat den KlimaDiskurs.NRW eingeführt. Wir reden über den Fortschrittmotor „Klimaschutz“, damit die Industrie, die Bürgerinnen und Bürger und die Verbände in diesem Land klare Positionen und Linien haben und wissen, was planbar ist und was nicht. Deswegen hat sich Rot-Grün auch für ein Klimaschutzgesetz, gepaart mit einem Klimaschutzplan, entschieden.

Dieser KlimaDiskurs – vielleicht besuchen Sie die Veranstaltung mal – hat die Aufgabe, unterschiedliche Aspekte zusammenzubringen und gemeinsam mit Industrie, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürgern Lösungen zu erarbeiten.

Es war mir wichtig, das heute noch mal zum Einstieg zu sagen, denn wenn wir Sozialdemokraten eines nicht wollen, ist es, dass der Klimawandel und die Debatte darüber die Gesellschaft auseinandertreiben.

Deshalb gehören auch viele Fragen, die die Demokratie angehen oder diesen Klimaschutzplan und die Gesetze, die in Berlin verabschiedet werden, ins Parlament. Es ist viel kritisiert worden, dass der Klimarat entmachtet würde. – Nein, wir sind Parlamentarier und müssen darum streiten, wie wir diese globale Herausforderung angehen.

(Beifall von der SPD)

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und wir werden alle umdenken müssen; das habe ich bei meiner letzten Rede zu diesem Thema schon gesagt. Dazu gehört, dass wir den Menschen klar sagen, dass es Akzeptanz für die Lösung geben und diese Akzeptanz organisiert werden muss.

Akzeptanz entsteht, wenn es gerecht zugeht. Die Menschen müssen verstehen, dass es gerecht zugeht und sie nicht benachteiligt werden. Wir werden nämlich mehr Anstrengungen brauchen, als nur einige wenige Prozent.

Frau Düker, Sie hatten das angesprochen:

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Ja, die Menschen unterschreiben das. – Sie haben aber durchaus Sorge, dass sie abgehängt werden. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen.

Wir brauchen eine breite Akzeptanz für diese riesige gesellschaftliche Transformation. Deswegen ist es wichtig, den Menschen klar zu sagen: Klimaschutz wird Geld kosten. Einfache Lösungen wird es nicht geben, und es wird zu Umverteilungen kommen müssen.

Belastungen und Umverteilungen müssen politisch gelenkt werden. Transformation hin zu Treibhausgasneutralität wird es geben, aber sie darf nicht überproportional diejenigen belasten, die im Verhältnis weniger haben.

Deswegen ist für uns Sozialdemokraten die zentrale Frage: Wie können ökonomische Instrumente genutzt werden, um eine breite Akzeptanz für diese gesellschaftliche Veränderung zu organisieren? – Akzeptanz für Klimaschutz und Umweltmaßnahmen ist immer auch eine soziale Frage.

Diese Debatte müssen wir führen, und mir scheint: Sie geht ab und an unter. Einkommen und soziale Lage, nämlich die Möglichkeit an Teilhabe, mehr energiesparende Geräte zu beschaffen, sind ganz entscheidend für die nächsten Jahre, damit dieser notwendige Prozess gelingt.

Wir als Politik haben die Verantwortung dafür, alle Menschen mitzunehmen und sie am Ende nicht abzuhängen. Deswegen müssen wir die Instrumente klar beschreiben und Umweltpolitik gerecht organisieren.

Eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik muss genau aus diesem Grund Umwelt- und Klimabelastungen unabhängig von der sozialen Lage gleichmäßig verteilen, denn einen großen CO₂-Fußabdruck hinterlassen nicht die Menschen mit geringem Einkommen, sondern eher Menschen mit einem hohen Lebensstandard.

Belastungen von Umweltmaßnahmen, die nicht zu einer sichtbar höheren Umweltqualität führen oder nur bestimmten sozialen Gruppen zugutekommen, verlieren sehr schnell an Akzeptanz. Das ist keine Ausrede, sondern Notwendigkeit von politischem Handeln.

Wir als SPD-Landtagsfraktion – das gebe ich deutlich zu – hätten uns ohne Frage eine höhere CO₂-Bepreisung gewünscht. Ich will aber hier noch mal

deutlich machen, dass in einer Regierung, in einem parlamentarischen Verfahren ein Kompromiss zu akzeptieren ist.

Trotzdem kämpfen wir weiter für eine andere Bepreisung. Ich habe diese Forderung genau an dieser Stelle vor wenigen Wochen schon mal deutlich gemacht.

Der CO₂-Preis ist aber eine Maßnahme, die ihre Lenkungswirkung Stück für Stück entfalten wird. Klimafreundliche Alternativen kosten Geld. Lenkungswirkung bedeutet auch, dass hinter jeder Lenkungswirkung auch eine machbare Alternative bei Pkw-Nutzung, bei ÖPNV, bei Hausbau und Sanierung steht. Wir setzen auf Anreize – auch im Hinblick auf den nächsten regulären Autokauf.

Wir brauchen dringend eine Umstellung in der Landwirtschaft; das ist klar. Aber deswegen ist es sicher richtig, in Gesetze zu fassen, welche Maßnahmen die einzelnen Sektoren beibringen müssen.

Es ist für Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger klar, dass sie Planungssicherheit haben. Eine Preisänderung ist nicht das Entscheidende, sondern ein langfristiger, verlässlicher Preispfad.

Für uns Sozialdemokraten ist das Klimapaket der Bundesregierung ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist der Anfang eines Prozesses, den wir auf den Weg gebracht haben. Mein Zutrauen in Gesetze ist nach wie vor da, wenn Klimaziele rechtsverbindlich auch für den Wirtschaftsbereich gelten. So haben wir das in Nordrhein-Westfalen gemacht, und das ist, glaube ich, auch der richtige Weg in Berlin.

Wenn wir das Jahr 2030 in den Blick nehmen und auf das Jahr 2019 zurückschauen und sehen, dass die Reduktionsziele erreicht werden, erweist sich manche aktuelle Aufgeregtheit als übertrieben und unsachgemäß.

Wir stehen bis 2030 vor der Aufgabe, im Gebäudebereich 70 % weniger, im Verkehr 40 % weniger und in der Landwirtschaft 30 % weniger CO₂ auszustoßen. Wie wir dies erreichen, das ist die spannende Frage, über die wir hier deutlich streiten müssen.

Wir müssen diese fixierten Ziele klar debattieren. Die Umsetzung wird zeigen, wie erfolgreich wir damit sind. Nach jeder Erkenntnis, dass das Vereinbarte nicht ausreicht, wird ein Nachsteuern erfolgen müssen. Kontrollieren und Transparenz sind hierbei sehr wichtige Weichen, die gestellt werden müssen.

Ich bin froh, dass Svenja Schulze den Rücken breit gemacht hat. Dass das in vielen Bereichen nicht ausreicht, glauben wir. Daran arbeiten wir weiter. Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass wir, bezogen auch auf meine Biografie, Änderungen erreichen werden, die uns allen nützen werden. – In dem Sinne vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute zwei Anträge der Oppositionsfractionen vorliegen, die sich mit einer bundespolitischen Diskussion beschäftigen. Um das direkt klar zu sagen: Das ist natürlich absolut legitim.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir sind nun mal das größte Bundesland!)

– Frau Düker, hören Sie einfach mal zu.

Das ist legitim, denn das ist ein wichtiges Thema für Nordrhein-Westfalen. Ich interpretiere das so, dass Sie an der Energie- und Klimapolitik der Landesregierung nichts auszusetzen haben und deshalb hier die bundespolitische Diskussion führen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Zuhören!)

Der einzige Punkt, den Sie anmahnen, ist, dass Nordrhein-Westfalen seinen Einfluss in Berlin deutlich machen sollte. – Da kann ich Ihnen positiv mitteilen: Das ist viel besser geworden als bei der Vorgängerregierung.

Wir erinnern uns: Als die damalige Ministerpräsidentin Frau Kraft gesagt hatte, sie geht nicht nach Berlin, ist Nordrhein-Westfalen bundespolitisch völlig abgetaucht und hatte keinerlei Bedeutung mehr in Berlin.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Ja, genau, Herr Remmel. Wenn Nordrhein-Westfalen in Berlin aufgetaucht ist, ist Rot-Grün dort immer mit zwei unterschiedlichen Meinungen aufgetreten. Das hat Nordrhein-Westfalen nur geschadet, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deswegen sage ich Ihnen ganz deutlich: Damit ist es jetzt zu Ende.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Nordrhein-Westfalen spricht mit einer starken Stimme in Berlin, und das, Frau Düker, hat die Kanzlerin zuletzt noch beim Sommerempfang persönlich gesagt.

(Marc Herter [SPD]: Das ist Amnesie! Sie sind doch schon etwas länger hier, Herr Brockes!)

Wir reden dort und sind auch sehr erfolgreich, wie zum Beispiel auch die Ergebnisse der Kommission

für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung gezeigt haben. Es gab deutliche Sorgen, dass Nordrhein-Westfalen gegenüber den ostdeutschen Bundesländern benachteiligt wird oder das Thema „Versorgungssicherheit“ hinten runterfallen würde.

All das ist nicht eingetreten, weil diese Landesregierung, insbesondere Wirtschaftsminister Professor Pinkwart, einen hervorragenden Job gemacht hat.

Machen Sie sich also keine Sorgen: Nordrhein-Westfalen spricht mit einer starken Stimme im Bund, so wie Sie es zu Ihren eigenen Regierungszeiten nie erlebt haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker?

Dietmar Brockes* (FDP): Ich bin gerade erst am Anfang, aber gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Monika Düker* (GRÜNE): Danke, Herr Kollege, für die Zulassung der Zwischenfrage. – Anknüpfend an das Bild der einen Stimme: Wie beantwortet denn NRW mit einer Stimme die Frage, ob mit diesem Klimaschutzpaket die Klimaschutzziele von Paris und des Klimaschutzplans 2050 der Großen Koalition erreichbar sind? Was sagt NRW mit der schönen einen Stimme dazu? Es reicht mir ein Ja oder Nein,

(Heiterkeit von Dietmar Brockes [FDP])

nicht „ja, ein bisschen“ oder „nein, vielleicht“, sondern eine klare Aussage.

Dietmar Brockes* (FDP): Frau Düker, Sie kommen mit Ihrer Frage wieder viel zu früh, wie immer. Sie können es nicht abwarten, genauso wie mit dem Antrag hier.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Besser als zu spät!)

Der Antrag beschäftigt sich mit Eckpunkten der Großen Koalition; da sind noch viele Details offen. Deshalb greifen Sie dem, was ich jetzt gleich ausführe, auch ein bisschen vor. Hören Sie geduldig zu; dann können Sie sich vielleicht gleich noch einmal melden. Ich glaube, dass ich Ihnen die Antworten liefern werde.

Ich würde mich jetzt gerne mit Ihrem Antrag konkret beschäftigen; das ist genau der Punkt, den ich gerade ausführen wollte.

Es ist so ein bisschen das Problem der Opposition: Mit solchen Anträgen kommt man entweder zu früh in der Debatte oder zu spät.

(Marc Herter [SPD]: Nach Ihrer Auffassung!)

Hier muss man ganz klar sagen, dass Sie viel zu früh gestartet sind. Wir reden hier über ein Eckpunktepapier. Deshalb können Sie nicht in Ihrem Antrag beklagen, dass es, was zum Beispiel das Zertifikatensystem angeht, keine Rechtssicherheit schafft.

Zeigen Sie mir das Eckpunktepapier, das Ihre Fraktion mitunterschieden hat, das völlige Rechtssicherheit geschaffen hat. Das zeigt ganz deutlich, dass Sie hier viel zu früh losgelaufen sind.

Dann gibt es einige Widersprüche in Ihrem Antrag. Sie beklagen, dass falsche Anreize mit Steuerentlastungen gesetzt werden. Eine Seite weiter reden Sie dann selbst davon, dass steuerliche Anrechenbarkeit von energetischer Gebäudesanierung überfällig ist. – Da stimme ich Ihnen zu; es ist aber ein Widerspruch zu dem, was Sie eine Seite vorher gesagt haben.

Im Übrigen hätten wir diese energetische Gebäudesanierung schon längst, wenn Ihre rot-grüne Landesregierung dies damals im Bundesrat nicht verhindert hätte, weil Sie nicht bereit waren, Ihren Anteil daran zu leisten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dann wollen Sie sofort höhere und teurere Standards für Wohnungen – und das angesichts des absoluten Wohnungsmangels in vielen Städten. Die damit verbundenen Kosten sollen alleine die Vermieter tragen. Ich frage Sie: Wer soll dann noch allen Ernstes in diesem Land in Wohnungsbau investieren?

(Beifall von Henning Rehbaum [CDU])

Dann kommt das Thema „Erneuerbare“ in Ihrem Antrag. Da steht nur noch ein Wort: Windenergie. – Sie verkürzen wieder einmal die erneuerbaren Energien rein auf die Windindustrie. Keine andere Art der erneuerbaren Energiegewinnung kommt in Ihrem Antrag vor. Daraus wird deutlich, dass Sie ein reiner Windlobbyverein sind.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Witzig ist auch, was Sie unter „Feststellungen“ nennen. Ich darf aus Ihrem Antrag zitieren:

„Maßnahmen, die den natur- und menschenverträglichen Ausbau von erneuerbaren Energien behindern, statt zu erleichtern, sind vor diesem Hintergrund abzulehnen.“

Ja, Frau Düker, dieser Satz bedeutet: Sie müssten dem Paket der GroKo und dem Handeln dieser Landesregierung zustimmen, das für Akzeptanz bei der Nutzung der Windenergie sorgt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo denn?)

Das steht völlig im Widerspruch zu dem, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Dann komme ich zum Antrag der AfD. Sie kritisieren die Maßnahmen, die bereits zum Klimaschutz ergriffen wurden. Sie listen auf drei Seiten auf, was Sie alles nicht wollen.

Aber, meine Damen und Herren, in keinen einzigen Satz der AfD steht wieder einmal auch nur ein einziger Vorschlag, was Sie für mehr Klimaschutz machen wollen. Nein, es ist klar erkennbar: Sie wollen keinen Klimaschutz. Dann sagen Sie es den Menschen doch auch.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, da ist die Position der NRW-Koalition Gott sei Dank eine deutlich andere: Wir wollen Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen. Wir haben uns auf den Weg gemacht.

Wir haben das, was sich die rot-grüne Vorgängerregierung als Ziel gesetzt hat – 20 % –, deutlich übertroffen. Wir werden hier in Nordrhein-Westfalen bei ca. 30 % CO₂-Einsparung gegenüber 1990 landen.

Das ist ein bemerkenswertes Ergebnis. Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg, wo Ihre grüne Regierung am Werk ist, Frau Düker. Dort hat man sich dasselbe Ziel gesetzt, und man erreicht noch nicht einmal die Hälfte. Man landet gerade einmal bei 12 %. So sieht reale grüne Politik im Gegensatz zu schwarz-gelber Politik hier im Land aus.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

Wir sind bereit, unsere Beiträge zu leisten. Wir begrüßen daher, dass sich auch der Bund auf den Weg gemacht hat. Wir sehen bei einigen Maßnahmen, die auch in unserem Entschließungsantrag aufgeführt sind, dass die Regierung auf einem guten Weg ist.

Das betrifft zum Beispiel die Abschaffung des 52-Gigawatt-Deckels für PV – nichts davon lese ich im grünen Antrag –, den Ausbau der steuerlichen Hemmnisse beim Mieterstrom – finden wir wichtig, haben wir auch schon auf den Weg gebracht und hier gefordert –, die Abschaffung der Doppelbelastung für Energiespeicher oder eben auch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung.

Meine Damen und Herren, es gibt andere Punkte wie zum Beispiel das sogenannte Zertifikatesystem, die wir weniger ambitioniert finden – im Gegenteil: Was hier für den Non-ETS-Bereich an Zertifikatehandel dargestellt wird, ist mit einem Festpreis, wenn man es sich wirklich anguckt, kein Handel, sondern eine Steuer.

Wir fordern daher, so wie es die Landesregierung bereits in den Bundesrat eingebracht hat, die Einbringungen eines richtigen Handelssystems. Insofern lohnt es sich, die Debatte weiterzuführen.

Machen Sie sich seitens der Opposition keine Sorgen: Nordrhein-Westfalen wird hervorragend in den weiteren Debatten durch diese Landesregierung vertreten. Wir freuen uns darauf, dass wir für unseren Industriestandort Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Brockes. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung lehnt die vorliegenden Inhalte der Anträge, die von AfD und Bündnis 90/Die Grünen gestellt worden sind, ab. Sie vertritt im Vergleich zum Antrag der AfD eine gänzlich andere Position. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen beinhaltet in Teilen richtige Ansätze, ist in seiner Gesamtheit jedoch ebenso abzulehnen.

So oft das Thema „Klimaschutz“ insbesondere von der Fraktion der AfD angesprochen wird, so oft werden wir seitens der Landesregierung betonen – das tue ich hier erneut –, dass sich die Landesregierung zum Klimaschutzabkommen von Paris und den darin festgelegten Zielen bekennt. Aus Sicht der Landesregierung ist ein technologieoffen betriebener Klimaschutz ein Innovationstreiber für den Standort Nordrhein-Westfalen.

Mit ihren innovativen Produkten kann unsere Industrie weltweit führend zum Klima- und Umweltschutz beitragen und gleichzeitig Arbeitsplätze in Deutschland und Nordrhein-Westfalen sichern und ausbauen – und das umso mehr und umso besser, je proaktiver wir das gestalten, statt hier einfach auf der Nein-Sager-Seite, auf der Bremse zu stehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir halten auch nichts davon, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, zu einer weiteren Radikalisierung der Diskussion zu kommen: hier die sogenannten Klimagegner und da eine zum Teil hoch emotional geführte Debatte – es wurde schon angedeutet –, weil wir angeblich überhaupt keine Zeit mehr hätten, zu reagieren. Dann fragt man sich: Was soll denn die Politik noch tun, wenn das alles zu solch radikalen Schritten führen sollte?

Gerade beim Thema „Klimaschutz“ müssen wir die Dinge mit Sinn und Verstand bearbeiten und mit Ambition, aber auch mit Umsicht ans Werk gehen, sonst werden wir die notwendigen Klimaschutzziele in unserer Gesellschaft und vor allen Dingen global sicherlich nicht erreichen.

Vor diesem Hintergrund eines Politikverständnisses der Kunst des Notwendigen und Machbaren begrüßen wir grundsätzlich das im Klimaschutzprogramm 2030 zum Ausdruck gekommene Engagement der Bundesregierung für den Klimaschutz, sehen aber in den einzelnen Maßnahmen – es sind ja sehr viele – doch Unterschiede und auch Kritikpunkte. Das kommt, wie ich finde, in dem Antrag von CDU und FDP ganz hervorragend zum Ausdruck.

Die überwiegende Zahl der Maßnahmen bedarf zunächst der weiteren Konkretisierung und insbesondere einer Wirkungsabschätzung, weil sie letztlich in unterschiedliche Richtungen auf das Klima wirken.

Die Bundesregierung hat mit dem Klimapaket die notwendigen Schritte eingeleitet, um das eigene Klimaschutzziel bis zum Jahre 2030, nämlich eine Verminderung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 55 %, zu erreichen und gleichzeitig – das muss man vor allen Dingen der AfD-Fraktion in Erinnerung rufen – das im Rahmen der EU-Lastenteilung für 2030 vereinbarte nationale Treibhausgasemissionsziel für die derzeit eben noch nicht vom europäischen Emissionshandel erfassten Sektoren – im Wesentlichen sind das Gebäude und Verkehr – zu erreichen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ich möchte das jetzt gerne ausführen. Dann können wir noch Fragen anschließen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: In diesem sogenannten Non-ETS-Bereich ist jeder EU-Staat gefordert, einen Beitrag zu leisten. Von einem nationalen Alleingang zur Minderung von Treibhausgasemissionen, wie es im Antrag der AfD behauptet wird, kann also keine Rede sein.

Für Deutschland – wir sind eingebettet in internationale Vertragswerke – liegt dieser Beitrag bei minus 38 % bis 2030, und zwar gegenüber 2005. Derzeit droht Deutschland, wenn wir nichts weiter unterneh-

men würden, gerade bezogen auf diese beiden Bereiche, eine Strafzahlung in Milliardenhöhe. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen.

Die Frage ist: Wollen wir für das Nichterreichen von Zielen Strafen zahlen, oder wollen wir das Geld investieren, um einerseits dem Klimaschutzziel zu dienen und andererseits unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Industrie in das neue Zeitalter mitzunehmen, also voranzugehen und die Vorteile dieser Klimaschutzmaßnahmen für unser Land nutzbar zu machen? Das steht hier zur Beratung und zur Abstimmung.

Mit Ihrer Haltung schaden Sie dem Standort Nordrhein-Westfalen und auch den Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Laut Beschluss des Klimakabinetts soll als zentrale sektorübergreifende Maßnahme für die Sektoren Verkehr und Wärme ein nationales Emissionshandelssystem eingeführt werden. Die Landesregierung begrüßt, dass die grundsätzliche Entscheidung zugunsten eines langfristig mengengesteuerten Emissionshandelssystems für die Bereiche Gebäude und Verkehr getroffen wurde.

Aber wir kritisieren, dass der Einstieg in die Mengensteuerung jetzt nicht unmittelbar erfolgt – das hätte man natürlich sofort machen können –, sondern bis 2025 ein Festpreissystem vorgeschaltet ist. Das war sicherlich der Kompromiss, der zu finden war. Hier hätten wir uns den direkten Einstieg in ein zielführendes mengengesteuertes System gewünscht.

Frau Düker hat gefragt: Was tun Sie denn? Sie kritisieren nur, was machen Sie sonst? – Ja, wir sind tätig geworden. Wir haben uns schon im Laufe des Frühjahrs als erstes Bundesland in diese Debatte eingebracht. Da hatte der Sachverständigenrat im Auftrag der Bundesregierung sein Gutachten noch gar nicht vorgelegt. Wir haben uns mit den Sachverständigen ausgetauscht. Wir haben das Know-how, das im Land verfügbar ist, nutzbar gemacht und haben einen eigenen Antrag in den Bundesrat eingebracht, der vorsieht, dass wir die Mengensteuerung direkt einführen.

Wir haben in dem Antrag aus Nordrhein-Westfalen gleichzeitig gesagt, wie wir die Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen die Industrie im Gegenzug entlasten wollen, und zwar auf eine sehr konkrete und unbürokratische Weise. Das kommt in dem Antrag von CDU und FDP zum Ausdruck.

Wir freuen uns, dass die Bundesregierung die Mengensteuerung ansteuert. Aber sie könnte es jetzt schon tun. Sie könnte damit noch wirksamer sein.

Unser Vorschlag liegt zur Abstimmung im Bundesrat. Da können Ihre Länder gerne zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt kann ich die Frage zulassen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich habe eine Zwischenfrage von Herrn Remmel.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja, sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister, schönen Dank, dass es möglich ist, eine Zwischenfrage zu stellen.

Wir hatten vor Kurzem im Ausschuss für Europa und Internationales eine Anhörung zur CO₂-Bepreisung. Dort sind bezogen auf die von Ihnen im Bundesrat beantragte Maßnahme und auch in Bezug auf das, was die Bundesregierung vorhat, drei kritische Anmerkungen gemacht worden. Dazu würde ich Sie gerne nach Ihrer Beurteilung fragen.

Die erste kritische Anmerkung war, dass es sich mit einem nationalen ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Remmel, das ist ein bisschen zu ausführlich. Sie müssen das in eine Frage kleiden. Es wird zu lang, wenn Sie noch die drei Punkte referieren.

Johannes Remmel (GRÜNE): Meine Frage bezieht sich auf die drei Kritikpunkte. Die muss ich nennen dürfen, weil ich sonst nicht fragen kann, Herr Präsident, mit Verlaub.

(Unruhe bei CDU und FDP)

Der erste Kritikpunkt bezog sich darauf, dass es sich um ein europäisches Unikat handelt, dass es nirgendwo sonst in Europa einen nationalen Zertifikatehandel gibt. Der zweite Punkt ist, dass das gegenüber dem jetzigen Emissionshandel eine Vervierfachung der betroffenen Unternehmen bedeutet; es müssen also mindestens 10.000 Unternehmen Zertifikate bekommen. Der entscheidende Punkt ist, dass es offensichtlich einer Änderung des Grundgesetzes bedarf, weil es sich um eine neue Steuer handelt. Wie beurteilen Sie diese Kritikpunkte?

(Zurufe von der CDU)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ganz herzlichen Dank für die Frage, Herr Remmel. Wir hören in politischen Diskussionen immer wieder Einwände

von Gutachtern. Jeder hat hier seine Sichtweise. Wenn man nicht weiterkommt, dann macht man schon mal grundgesetzliche Bedenken geltend. Es kann vielfältige Meinungen geben, bis dann an entscheidender Stelle vielleicht verhandelt wird.

Ich will zu dem ersten Punkt Stellung nehmen. Wir haben gesagt, wir können national starten. Das ist in Europa durchaus möglich. Wir wollen in einer Koalition der Willigen andere in der Nachbarschaft dafür gewinnen, die sich einem solchen Handelssystem anschließen könnten und die in ihren Ländern überlegen, das selbst zu tun. Insofern sehe ich die europäische Anschlussfähigkeit gewährleistet.

Wenn Sie es mit einer Zahl von 10.000 Betrieben zu tun haben – seien es diese 10.000 –, dann sind die Handelsplätze, die wir dafür haben, zum Beispiel die Strombörse in Leipzig, die EEX, die heute schon den ETS-Handel mitorganisiert, absolut in der Lage, so etwas technisch zu organisieren. Das hat auch der Sachverständigenrat festgestellt. Nach meinem Kenntnisstand halte ich diese Einwände für absolut ausräumbar.

Ich halte das für weniger kompliziert als all das, was zum Teil von Ihrer Seite und bedauerlicherweise auch von der SPD vorgeschlagen worden ist. Sie sagen, man sollte auf der einen Seite CO₂-Preise erheben. Auf der anderen Seite sollte man das dann aber im Sinne eines Gutscheins wieder an die Bürger auszahlen. Dann haben Sie es nicht mit 10.000 Beteiligten, sondern mit Millionen von Beteiligten zu tun. Dafür können Sie eigene Behörden aufbauen. Wir haben ein viel schlankeres System vorgeschlagen als das, was von Ihrer Seite kam.

(Beifall von der FDP)

Lassen Sie mich fortfahren. Ich komme zum Sektor „Gebäude“. Das ist für uns ein sehr wichtiges Thema und wird durch eine Vielzahl von Maßnahmen angesprochen, was wir sehr begrüßen. Hier soll die Förderung zunächst angehoben werden. Das wird sich auch für die Hausbesitzer in Nordrhein-Westfalen als positiv erweisen.

Die Landesregierung befürwortet dabei die Beibehaltung der bestehenden Gesetzesanforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden als einen Beitrag zu bezahlbarem Wohnen und Bauen; denn sie schützen die Bauherrinnen und Bauherren vor weiter steigenden Baukosten, die Mieterinnen und Mieter vor zu stark steigenden Mieten und schaffen zudem Planungssicherheit für Investoren und die am Bau beteiligten Unternehmen. Das ist gerade jetzt in einer Phase, in der Wohnraum dringend benötigt wird, von großer Wichtigkeit.

Anstelle einer weiteren Diskussion über Effizienzniveaus ist vielmehr endlich die zügige Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes notwendig. Da-

mit ist die Zusammenführung der Energieeinsparverordnung und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes zu einem einheitlichen Regelwerk verbunden. Dies wird die Anwendung und den Vollzug erleichtern und im Rahmen von Quartierslösungen, wie wir sie für Nordrhein-Westfalen anstreben, neue Impulse zur Sektorkoppelung und zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung setzen und damit zum Gelingen der Energiewende insgesamt beitragen.

Im Sektor „Verkehr“ werden die im Programm vorgesehenen Maßnahmen dazu beitragen, alternative klimafreundliche Antriebe und Mobilität zu unterstützen. Die Bundesregierung folgt hier dem guten Beispiel Nordrhein-Westfalens mit dem Ausbau der nicht öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur seit dem Jahr 2017. Zusammen mit dem nationalen Emissionshandel zielen sie auf eine Verminderung des Einsatzes klimaschädlicher fossiler Kraftstoffe ab und fördern emissionsarme Mobilität.

Allerdings sind unserer Meinung nach weitere Schritte hin zu einem konsistenten Ordnungsrahmen erforderlich. Es muss genau analysiert werden, ob die Maßnahmen greifen und wo gegebenenfalls nachgesteuert werden muss.

Für die Automobilwirtschaft liegen im begonnenen Transformationsprozess sicherlich Herausforderungen, aber auch Chancen. Auch hier gilt: Es ist wichtig, dass wir gerade am Standort Nordrhein-Westfalen diese Chancen frühestmöglich aufgreifen.

Für uns als bedeutenden Industriestandort ist besonders wichtig, dass auch die Bundesregierung Klimaschutz als starken Innovationstreiber in der Industrie fördert. Maßnahmen wie die im Klimapaket angelegten Förderprogramme explizit für die energieintensive Industrie steuern deshalb in die richtige Richtung und stoßen bei uns auf fruchtbaren Boden. Schließlich sind wir schon in Sachen treibhausgasneutrale Industrie insbesondere mit unserer Initiative IN4climate.NRW sehr intensiv unterwegs.

Lassen Sie mich noch etwas zum Ausbau der Erneuerbaren sagen: Die Landesregierung hält es für unerlässlich, dass der weitere Ausbau insbesondere der Windenergie an Land stärker akzeptanzgesichert erfolgt, zumal wir ein deutschlandweites Akzeptanzproblem haben. Das wird jetzt von der Bundesregierung im Klimaprogramm offensichtlich gewürdigt.

Hierzu haben wir bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt und weitere eingeleitet. Deshalb begrüßen wir es grundsätzlich, dass die Bundesregierung in ihrem Klimaschutzprogramm mit verschiedenen Maßnahmen die Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien erhöhen will.

Dazu gehört unter anderem die Anhebung des Ziels der Offshorewindenergie. Dafür haben wir uns sehr stark eingesetzt; ich habe es hier im Rahmen der

Energieversorgungsstrategie schon vortragen dürfen.

Wir begrüßen sehr die von uns auch geforderte Aufhebung des 52-Gigawatt-Deckels bei der Photovoltaik.

Wir erwarten, dass der vorgeschlagene Mindestabstand, der jetzt weiter auszufüllen ist, ein Schritt in die richtige Richtung darstellt, um zu mehr Planungssicherheit in den Ländern und Kommunen zu kommen.

Liebe Frau Düker, im Übrigen möchte ich noch einmal sagen: Wir haben uns zum Thema „Erneuerbare“ nicht nur ambitionierte Ziele vorgenommen, die wir von der Vorgängerregierung so nicht vorgefunden haben, und zwar in aller Breite der erneuerbaren Technologien und nicht nur fixiert auf eine Technologie, sondern wir ergreifen vielfältige Maßnahmen, um diese zur Umsetzung zu bringen.

Einen Begriff in dem Kontext, Frau Düker, wir würden Sabotage an den Erneuerbaren betreiben, halte ich, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, die von Ihnen mitregiert werden, doch für sehr gewagt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Nur beim Wind!)

In einem stellen Sie sogar den Ministerpräsidenten.

Herr Stinka hat es angesprochen. Die Wirkungsmechanismen können wir im Nachgang ja noch mal wissenschaftlich analysieren lassen. Objektiv ist es aber so, dass Sie, SPD und Grüne, im Januar 2013 hier im Landtag ein Klimaschutzgesetz verabschiedet haben.

Sie haben Nordrhein Westfalen ein Ziel für 2020 gesetzt: minus 25 % – rückwirkend im Verhältnis zu 1990. Sie haben es also nicht alleine erreicht. Vielmehr gab es von 1990 bis 2017 eine CO₂-Minderung von 25 %. Wenn alles so weiterläuft, werden wir dieses Ziel sehr wahrscheinlich übererfüllen können. Das ist für Nordrhein-Westfalen erreicht worden. Das können wir ganz objektiv festhalten.

In Baden-Württemberg gibt es eine grün-schwarze Regierung, die von einem Grünen-Ministerpräsidenten geleitet wird. Diese hat im Sommer 2013 ein Klimaschutzgesetz verabschiedet – auch mit einem Minderungsziel von 25 % bis 2020. Dort ist man gerade bei 11,6 % angekommen. Das Ziel wird man also nicht erreichen.

Ich habe noch nicht vernommen, dass in diesem Bundesland der Ministerpräsident – im Moment der beliebteste Politiker in Deutschland – irgendwelche nennenswerten Anstalten wie die, die Sie uns gelegentlich in Ihrer Radikalität empfehlen, gemacht hätte, um dieses von ihm in seinem eigenen Gesetz festgelegte Ziel für Baden-Württemberg noch erreichen zu können. Ich kenne nicht eine konkrete Maßnahme.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Insbesondere beim Thema „Erneuerbare“ muss man sagen: Kümmern Sie sich in Ihren Bundesländern bitte darum, wie es etwa beim Windausbau vorangeht, bevor Sie uns Sabotage vorwerfen.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Unser Bundesland ist NRW!)

Frau Düker, ich kann Ihnen nur mitteilen, dass die Ausschreibungen für die neuen Windanlagen zuletzt deutschlandweit regelmäßig und teilweise deutlich unterzeichnet waren.

In der letzten Ausschreibungsrunde erhielt Nordrhein-Westfalen bei dieser nicht erfreulichen Lage – das vorweggeschickt – die meisten Zuschläge von allen Bundesländern. Bei der kumulierten Betrachtung aller bisherigen Ausschreibungsergebnisse liegt Nordrhein-Westfalen deutschlandweit an dritter Stelle hinter Niedersachsen und Brandenburg, also hinter zwei Bundesländern, in denen Sie nicht an der Regierung beteiligt sind.

Alle Länder, in denen Sie beteiligt sind, liegen bei den Ausschreibungsrunden hinter Nordrhein-Westfalen, und dann sprechen Sie von Sabotage. Das passt nicht zusammen, Frau Düker. Sie müssen schon anerkennen, dass wir deutschlandweit Sonderbedingungen haben. Wir arbeiten daran, sie zu überwinden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und wir arbeiten daran, dass die Erneuerbaren in aller Breite – mit Akzeptanz in der Bevölkerung – so weit ausgebaut werden, dass wir unsere Ziele hier in Nordrhein-Westfalen möglichst nicht nur erfüllen, sondern übererfüllen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. Wir haben eine von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angemeldete Kurzintervention, die an Sie, Herr Minister, gerichtet ist. – Frau Düker spricht für die Fraktion.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Herr Minister, Ihre letzten Worte bedürfen eines Faktenchecks.

Wenn wir uns bei einem solchen Faktencheck die Zahlen anschauen, dann können wir feststellen, dass wir beim Thema „Wind“ im ersten Halbjahr 2017, in dem wir ja noch eine Weile regiert haben, bei 314 MW Zubau lagen. Das war die letzte Bilanz im ersten Halbjahr 2017.

Im ersten Halbjahr 2019 sind wir bei 42 MW Zubau. Das ist rund ein Zehntel im Vergleich zu 2017. Sie können doch anhand dieser Faktenlage nicht sagen,

Rot-Grün hätte weniger ausgebaut als Sie. Es ist doch genau umgekehrt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Bundesweit!)

Zu der Nölerei, der Bund sei an allem schuld: Auch da sitzt die CDU mit am Kabinetttisch und könnte etwas ändern.

(Dietmar Brockes [FDP]: Die Frage ist doch scheinheilig!)

Natürlich gibt es viel Kritik auf Bundesebene, aber eben auch auf Landesebene.

(Dietmar Brockes [FDP]: Schauen Sie mal, wie viele die in Baden-Württemberg gebaut haben!)

Alle Windmüller – so heißen sie, glaube ich –, alle Windenergieanlagenbetreiber sagen, dass Sie mit der Abstandsregelung von 1.500 m Arbeitsplätze vernichten und ein weiterer Einbruch bevorsteht. Das sind die Fakten.

Ich wollte Sie aber eigentlich etwas ganz anderes fragen. Darf ich das jetzt noch? – Das wunderbare Wort „Wirkungsabschätzung“ findet sich im Antrag und auch in Ihrem Redebeitrag: Es bedürfe einer Wirkungsabschätzung der Maßnahmen. – Nun haben wir von Wissenschaftlern von rechts bis links ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt wäre die Zeit abgelaufen, Frau Düker.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Klimaforschung und Wissenschaft. Ist es das, was Sie mit „Wirkungsabschätzung“ meinen? Das liegt ja vor, indem Sie sagen, die Klimaziele könnten nicht erreicht werden. Was meinen Sie denn darüber hinaus mit „Wirkungsabschätzung“?

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Düker. – Herr Pinkwart, bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident. – Liebe Frau Düker, nochmals zu dem Vergleich: Ich hatte Ihnen ja gesagt, dass die Windenergie – kürzlich hat dazu in Berlin extra ein Windgipfel stattgefunden – deutschlandweit eingebrochen ist, nicht originär in Nordrhein-Westfalen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie haben damit überhaupt nichts zu tun, das haben wir verstanden!)

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern – das habe ich Ihnen jetzt anhand der aktuellen Ausschreibungsrunden noch mal geschildert – steht Nordrhein-

Westfalen – trotz oder wegen des Mindestabstands, das sei dahingestellt – besser da.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja, genau! Alles blendend! – Gegenruf von Bodo Löttgen [CDU])

Sie können uns doch anhand dieser Beispiele nicht vorhalten, dass wir Sabotage betreiben. Das Gegenteil ist richtig.

(Beifall von der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Doch!)

Einer der Hauptgründe für den Einbruch war – das sagen Ihnen alle Fachleute –, dass sich mit dem Ausschreibungsjahr 2017 die Zuschlagsregelungen geändert haben. Diese Änderung wurde damals von Bundeswirtschaftsminister Gabriel vorgenommen, der das Verfahren eingeleitet hatte. Dann wurde es wirksam.

Wir waren das erste Bundesland, das im Bundesrat eine Änderung dazu eingebracht hat, weil wir die Not der Industrie und der Erneuerbaren sahen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sind also bemüht, eine vernünftige Balance herzustellen. Wir wollen weiter ausbauen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE] – Gegenruf von Henning Rehbaum [CDU])

Frau Düker, schauen Sie sich bitte an ... Wollen Sie mir zuhören oder nicht? Geht das von meiner Zeit ab?

Vizepräsident Oliver Keymis: Ja.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Das ist schade.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ihre Zeit ist gleich abgelaufen.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Das ist schade.

Vizepräsident Oliver Keymis: Und bong!

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Sie ist jetzt abgelaufen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Genau.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Okay.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. Bei Kurzinterventionen besteht das Risiko in der Kürze der Zeit von 1:30 Minuten. Das wollen wir relativ genau einhalten, denn sonst entstehen ganz andere Diskussionen. Wir wollen auch im Zeitplan bleiben. – Als nächster Redner ist Herr Dr. Untrieser für die CDU-Fraktion angemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind ja schon umfänglich die Argumente ausgetauscht worden. Ich glaube, man kann mit Fug und Recht sagen, dass das Jahr 2019 das Jahr ist, in dem wir besonders intensiv über Klimaschutz und eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen reden. Deswegen möchte ich es auch noch mal auf den Kern bringen; denn ich glaube, auch rückwirkend wird man sagen, dass im Jahr 2019 ganz maßgebliche Entscheidungen für den Klimaschutz getroffen worden sind.

Wir hatten zum Ersten am Anfang des Jahres das Ergebnis der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“. Es hat zum Inhalt: Wir wollen aus der Kohle aussteigen, wir haben ein Enddatum. – Damit sind wir das einzige Land weltweit, das gleichzeitig aus der Kohle und aus der Atomkraft aussteigt. Das muss man hierbei auch berücksichtigen und betonen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Zweiten haben wir das Klimaschutzpaket, das wir hier munter diskutieren. Das ist eine ganz entscheidende Weichenstellung, weil es den Einstieg in eine CO₂-Bepreisung in den Bereichen Verkehr und Gebäude nennt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt und die Antwort auf die Frage von Frau Düker, ob denn dieses Klimaschutzpaket reicht, ist das Monitoring. Jedes Jahr soll geguckt werden: Sind wir im Fahrplan? Erreichen wir die Ziele? – Deswegen bin ich relativ zuversichtlich, dass wir die Klimaschutzziele von minus 55 % im Jahr 2030 auch erreichen. Das ist vernünftiges und gutes Regierungshandeln.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Nordrhein-Westfalen, um es noch mal auf unser Land runterzubrechen, ist ja gerade das Land, das jetzt richtig vorangeht und am meisten macht. Wir haben den Kohleausstieg. Der wird primär in Nordrhein-Westfalen stattfinden – nicht in Brandenburg, nicht in Sachsen. Nordrhein-Westfalen macht hier erste Schritte, weil wir uns dazu entschlossen haben und andere Bundesländer vielleicht auch mehr Schwierigkeiten haben. Das geschieht in Nordrhein-Westfalen.

Die Industrie in Nordrhein-Westfalen ist auch ganz stark von den Maßnahmen betroffen. Wir sind das Land, das vorangeht. Das ist nicht Bayern, das ist nicht Baden-Württemberg, das sind nicht die Länder im Osten oder im Norden. Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg, das Klimaschutzland in Deutschland zu werden. Das ist ein guter Weg.

Die Grünen, das habe ich ihnen schon oft an dieser Stelle vorgeworfen, haben immer viel Kritik im Rucksack, aber trotzdem wenige konstruktive Lösungen. Die Grünen im Bayerischen Landtag haben jetzt zumindest einen Zehnpunkteplan gemacht. Ich bin ganz überrascht, weil die bayerischen Grünen noch gar nicht so lange dabei sind wie die nordrhein-westfälischen Grünen hier im Landtag. Sie haben das noch nicht geschafft.

Auf der Bundesebene haben die Grünen im Sommer 2019 endlich ein Konzept vorgelegt. In diesem Konzept sind viele Maßnahmen enthalten. Diese Maßnahmen sind vernünftig; denn sie finden sich jetzt auch im Klimapaket der Bundesregierung. Ich nenne einige:

Der Ausbaudeckel PV soll weg. – Das ist jetzt drin, das regeln wir so.

Die Speicherkapazitäten sollen von den Letztverbraucherabgaben befreit werden. – Auch das ist jetzt im Klimapaket.

Bessere Regelungen für Mieterstrom haben Sie gefordert. – Das ist auch drin.

Die Mehrwertsteuer auf Bahntickets soll abgesenkt werden. – Das ist drin.

Die Förderung des Schienenverkehrs ist drin, das haben wir gemacht.

Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung findet statt. All das ist im Klimapaket.

Auch die sozialen Maßnahmen sind drin. Das ist nicht nur die Pendlerpauschale, Frau Düker, sondern auch die EEG-Umlage soll gesenkt werden. Wir haben eine Erhöhung des Wohngeldes und Transferleistungen. Insgesamt 54 Milliarden Euro sollen bis 2023 Anreize setzen und für Entlastungen sorgen. Auch im sozialen Bereich machen wir genau das, was Sie von den Grünen immer fordern.

Deswegen, Frau Düker und Kolleginnen und Kollegen: Die Maßnahmen, die Sie fordern, werden schon alle umgesetzt. Wir reden davon, dass wir einen Kompromiss und einen Konsens in diesem Land finden müssen.

Sie regieren in sehr vielen Bundesländern mit. Ich wiederhole die Forderung unseres Ministerpräsidenten, dass die Grünen auch mal Farbe bekennen müssen, ob sie einen gemeinsamen Kompromiss mittragen oder ob sie immer sagen wollen: Nein, das reicht uns nicht. Wir legen noch eine Schippe drauf. – Denn

genau das machen Sie jetzt wieder mit Ihrem neuen Papier. Plötzlich wollen Sie einen Kohleausstieg bis 2030 hinbekommen. Sie sagen aber gleichzeitig in diesem Papier, das ungefähr zehn Seiten umfasst, kein einziges Wort zur Versorgungssicherheit. Das Wort „Versorgungssicherheit“ kommt bei Ihnen nicht einmal vor.

Wenn Sie wirklich einen Kohleausstieg bis 2030 fordern und sich noch mal von den Ergebnissen der Kohlekommission entfernen, die mit Gewerkschaften, mit der Industrie, mit Parteien und mit vielen, vielen Stakeholdern erarbeitet wurden, wenn Sie sagen: „Wir machen das alles noch schneller“, dann ist das, glaube ich, nicht vernünftig, vor allem wenn man kein Konzept hat. Das müssen Sie uns einmal erklären.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Als Zweites schreiben Sie, die erneuerbaren Energien sollten bis 2030 auf 100 % ausgebaut werden. Ziel der Bundesregierung waren jetzt 65 %. Darauf haben sich viele einigen können. Sie sprechen nun von 100 %, weil wieder mal einer draufgesetzt werden muss. Aber auch das passiert wieder ohne Konzept. Es ist keine einzige Maßnahme darin, wie Sie das erreichen wollen.

Wir wissen doch: Nicht die Mengen, die gerade ausgeschrieben werden, sind das Problem. Wir haben ganz andere Probleme, warum der Ausbau der Erneuerbaren nicht funktioniert. Das ist zum Teil die fehlende Akzeptanz, das sind zum Teil auch Klagen von Naturschutz- und Umweltverbänden, die einfach vielen Projekten einen Riegel vorschieben.

Drittens reden Sie in diesem Papier wieder von Verboten. Das kennen wir auch von den Grünen: sofortiges Verbot von Ölheizungen, Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2030, und ab 2025 werden keine neuen Bundesstraßen mehr gebaut.

Liebe Frau Düker, genau das ist wieder die Verbotsparterie, wie wir sie schon so oft erlebt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gerade so macht man keine Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Wir machen es anders.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Die SPD hat heute genauso wie die Grünen wieder den Vorwurf vorgebracht, in Nordrhein-Westfalen funktionieren die Windenergie nicht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich nenne Ihnen mal eine Zahl – Herr Minister Pinkwart hat es gerade auch schon gesagt – zur letzten Ausschreibung im Bereich Windenergie aus dem September 2019. Nordrhein-Westfalen hat mehr Genehmigungen bekommen als Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen zusammen. Nordrhein-Westfalen hat mehr Zuschläge

erhalten als diese Bundesländer zusammen. Auch daran sieht man, dass die meisten Probleme nicht in Nordrhein-Westfalen entstanden sind, sondern dass es andere Probleme sind. Das verschweigen Sie bei jeder Debatte. Damit muss auch mal Schluss sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich komme zum Schluss. Vorhin gab es eine sehr erfreuliche Ticker-Nachricht. Der Nobelpreis für Chemie wird an drei Batterieforscher verliehen. Ich finde das sehr ermutigend. Denn wir brauchen insgesamt weniger Verbote und weniger Steuern auf CO₂. Stattdessen brauchen wir Anreize, einen marktwirtschaftlichen Rahmen sowie Forschung und Entwicklung. Wir müssen in Deutschland das Land der Dichter, Denker und Erfinder werden. Dann schaffen wir auch das mit der Energiewende. Ich bitte darum, dass wir alle gemeinsam diesen Weg beschreiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Jetzt spricht Herr Sundermann für die SPD-Fraktion.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Untrieser, Sie haben recht. In dem Klimaschutzplan ist einiges erreicht worden. Fliegen wird teurer, Bahnfahren wird günstiger, und der Solar-Deckel wird gelöst. Das sind sicherlich Dinge, die wir auf der Positivseite feststellen können.

Ich möchte aber auf ein Argument eingehen, das hier auch vorgetragen worden ist, und zwar, dass wir uns gegen unsere eigene Umweltministerin stellen würden. Wir stellen uns nicht gegen unsere eigene Umweltministerin. Wir stellen uns gegen die Bremsen im Kabinett in Berlin: gegen Altmaier, gegen Scheuer und gegen Seehofer.

(Beifall von der SPD)

Denn diese haben das entscheidende Instrumentarium – das hat hier sogar der FDP-Minister in Nordrhein-Westfalen bestätigt – geschliffen. Das entscheidende Instrumentarium ist der CO₂-Preis, und zwar das Zusammenspiel zwischen der Höhe des CO₂-Preises, der ja eine Lenkungswirkung haben soll, und der Kompensation für die Menschen, die ihn bezahlen.

Frau Düker, Sie haben eben an uns Sozialdemokraten appelliert. Ich persönlich bin froh darüber, dass Sie in Ihren Konzepten jetzt auch diesen Ausgleich, diese Klimaschutzprämie pro Kopf, aufgenommen haben. Dieses Konzept ist von Svenja Schulze schon im Februar dieses Jahres vorgestellt worden. Es freut mich sehr, dass Sie das jetzt auch aufgenommen haben, weil das aus unserer Sicht das Entscheidende ist. Wir brauchen einen CO₂-Preis, der eine

Lenkungswirkung hat. Das ist entscheidend. Aber wir brauchen auch eine Kompensation für die Menschen, die es sich nicht leisten können.

(Beifall von der SPD und Monika Düker [GRÜNE])

Das geht nur über eine Kopfprämie. Es geht nicht über eine Pendlerpauschale, es geht nur bedingt über das EEG, und es geht auch nur bedingt über den Strompreis. Wir brauchen eine Pro-Kopf-Ausschüttung. Nur das funktioniert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe eben von den Bremsen gesprochen. Wenn man sieht, wie hier von der Christlich Demokratischen Union agiert worden ist, vielleicht auch in den letzten Jahren Ihrer Oppositionszeit, kann man ein Stück weit ableiten, woher dieses Bremsen kommt.

Ich zitiere Hendrik Wüst aus der Debatte zum Klimaschutzgesetz vom 23.01.2013. Er hat dieses Gesetz als untauglich, kontraproduktiv und unnötig bezeichnet.

(Zuruf von der FDP: Das war es ja auch!)

– Dann schaffen Sie es doch ab. Wenn Sie sagen, dass es unnötig sei, müssen Sie in der Konsequenz dieses Gesetz abschaffen. Dann hätten Sie das auch so in Ihren Koalitionsvertrag aufnehmen müssen.

Aber in Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie das Klimaschutzgesetz versteckt. Es steht genauso wie die Hygieneampel hinter einem Spiegelstrich. Da kann man einmal sehen, wie Sie Ihre Prioritäten gesetzt haben: Klimaschutz gleich Hygieneampel. Das waren Ihre Prioritäten.

(Beifall von der SPD und Monika Düker [GRÜNE])

Peinlich ist das, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Ich habe hier in den Worten des Ministers und auch dem einen oder anderen Beitrag der Koalitionsfraktionen festgestellt: Es gibt zumindest einen Erkenntnisgewinn. Sie haben bei diesem Thema nämlich immer einen Zusammenhang gelehnt, und zwar den Zusammenhang, dass man über Regularien Klimaschutz umsetzen kann, dass diese Regularien Innovationen auslösen und dass dadurch Fortschritt generiert wird und Arbeitsplätze geschaffen werden. Diesen Zusammenhang haben Sie immer gelehnt. Heute leugnen Sie ihn nicht mehr. Zu diesem Erkenntnisgewinn kann ich Ihnen nur herzlich gratulieren.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch auf eine Sache eingehen, die wir immer wieder von Ihnen hören – Herr Professor Pinkwart

hat das offensichtlich zu seinem Lieblingsnarrativ erkoren –: Im Jahr 2017 haben Sie hier ein am Boden liegendes Land vorgefunden; im Prinzip haben Sie nichts gefunden, nur leere Schubladen und ein darbenendes Land.

(Widerspruch von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

– Herr Professor Pinkwart, wir werden zukünftig häufiger darüber reden müssen. Wenn Sie dieses Narrativ weiter so verwenden, über Entfesselung sprechen und den Riesen, der aufstehen muss, erwähnen, dann suggeriert das, dass Sie ein am Boden liegendes Land vorgefunden haben.

Sie haben das auch gerade für sich selber noch einmal so formuliert und gesagt, dass es im Bereich Klimaschutz nicht gestimmt hat. Im Bereich Klimaschutz hatten wir ein Ziel, und zwar 2020. Wir haben es 2017 erreicht. Natürlich bezieht sich das auf 1990. Ich muss Ihnen aber ganz ehrlich sagen: Dieses Erreichen des Zieles ist den sieben Jahren Rot-Grün zu verdanken. Wenn Sie weiterregiert hätten, hätten wir dieses Ziel nicht erreicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das wissen Sie doch auch. Hier wären gar keine Windkraftanlagen gebaut worden. Es hätte doch überhaupt keine CO₂-Reduzierung geben können. Sie setzen also da an, wo Sie im Prinzip aufgehört haben. Das ist doch so, Herr Professor Pinkwart.

Präsident André Kuper: Herr Kollege Sundermann, es gibt den Wunsch nach einer ...

Frank Sundermann (SPD): Insofern haben wir den Beweis angetreten,

(Henning Höne [FDP]: Daran muss man selber fest glauben!)

dass Klimaschutz und Industriestandort zusammen funktionieren. Heute wollen Sie – das ist ein uralter Satz – den Gegensatz von Ökonomie und Ökologie befrieden.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Frank Sundermann (SPD): Ich sage Ihnen: Dann müssen Sie die Politik fortführen, die wir hier bis zum Jahr 2017 gemacht haben. Dann werden Sie das hinkriegen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, ich habe zwei Mal versucht, Sie zu unterbrechen. Es gibt den

Wunsch nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie sie noch zu?

Frank Sundermann (SPD): Von wem?

Präsident André Kuper: Vom Kollegen Rehbaum.

Frank Sundermann (SPD): Herr Rehbaum. Vielen Dank. Gerne.

Henning Rehbaum (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben vorhin über Bremser im Bundeskabinett gesprochen. Sie selbst haben hier noch einmal ein Feuerwerk entzündet, um das Paket vermeintlich sozialer zu machen.

(Beifall von der SPD)

Ich habe selber die Vorstellung des Klimapakets durch die Bundesregierung und den Koalitionsausschuss verfolgt. Sowohl Minister Scholz als auch Ihre Parteivorsitzende Dreyer haben den sozialen Ausgleich im Paket ausdrücklich gelobt. Der Fraktionsvorsitzende Mützenich hat die soziale Ausgleichswirkung hervorgehoben und die grüne Klimapolitik als Neoliberalismus gegeißelt. Wer hat denn nun recht?

(Stefan Kämmerling [SPD]: Es geht um den CO₂-Preis!)

Präsident André Kuper: Der Kollege antwortet.

Frank Sundermann (SPD): Zunächst einmal vielen Dank für diese Zwischenfrage, Herr Kollege Rehbaum. – Natürlich habe ich recht,

(Beifall von der SPD)

und natürlich haben auch die Kollegen recht.

Die Steigerung von „gerecht“ ist „gerechter“. Ich sage Ihnen das, was ich Ihnen eben schon gesagt habe – insofern bin ich dankbar für die Zwischenfrage –: Wenn wir eine Lenkungswirkung über CO₂ haben wollen, dann muss der CO₂-Preis steigen, und dann muss die Verteilung pro Kopf erfolgen. Das ist die gerechteste Lösung. Dass darin Sozialimplikationen enthalten sind, bestreitet niemand. Aber sie gehen nicht weit genug, und es sind am Ende des Tages nicht die richtigen. Das ist der Grund für unsere Aussage. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Monika Düker [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Abgeordnete Kollegin Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss Ihnen sagen, dass diese Debatte leider wieder einmal bezeichnend für die Klimaschutzdebatte insgesamt ist.

Uns wird gerne vorgeworfen, wir würden Angst machen und radikalisieren. Ich muss Ihnen aber ganz klar sagen: Wer uns das vorwirft, der bringt die Schärfe in diese Diskussion.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn eines ist klar: Mit dem Erdklima können wir nicht verhandeln. Wir können auch keine Kompromisse machen, so leid mir das tut. Wir müssen schon auf das hören, was uns die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sagen. Und die sind sich einig: Uns bleiben noch maximal acht bis zehn Jahre, um das zu erreichen, was wir uns eigentlich auf die Fahnen geschrieben haben, nämlich eine maximale Erderwärmung um durchschnittlich 1,5 Grad Celsius.

Als Nächstes werfen Sie uns vor, wir seien hier zu früh dran. Entschuldigung; genau das Gegenteil ist doch der Fall. Beim Klimaschutz ist lange Jahre viel zu wenig passiert. Deswegen müssen wir doch gerade radikale Dinge tun. Wenn wir das noch weiter hinausschieben, wie Sie es beispielsweise mit Ihrem Zertifikatehandel tun, der frühestens 2023, wenn nicht sogar erst 2025 kommen wird – wie will man denn so die Klimaziele für 2030 erreichen? –, und die Klimaziele 2030 nicht erreichen, müssen dann noch viel radikalere Änderungen vonstattengehen, als wir uns das heute überhaupt vorstellen können.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Ich sage das nicht, weil es mir gefällt. Die meisten in diesem Haus bekennen sich doch dazu, dass wir Klimaschutz betreiben müssen und die Ziele von Paris erreichen müssen. Wenn wir jetzt nichts machen, muss man hinterher umso schneller handeln.

Das, was Sie hier getan haben, nämlich auf andere zu zeigen, ist das Grundproblem. Wir Grüne sind doch genauso wie Sie Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen. Das ist unser Bundesland. Da müssen wir hinschauen. Und Sie vernichten hier gerade Arbeitsplätze. Sie müssen anders gestalten. Deswegen bleiben wir dabei: Was Sie hier tun, ist Sabotage. Dass Sie erst auf der Bundesebene kritisieren, der Ausbau der Erneuerbaren geschehe nicht in ausreichendem Maße, dann aber entgegengesetzt dazu handeln,

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben aber schon lange nicht mehr mit der Wirtschaft gesprochen!)

passt nicht zusammen. Damit muss Schluss sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die AfD hat sich der Abgeordnete Herr Loose zu Wort gemeldet.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Inzwischen arbeitet die Bundesregierung auch mit Fake News. So bezeichnet sie die neuen CO₂-Steuern einfach einmal als Zertifikatesystem, um eine Grundgesetzänderung zu umgehen, die für eine neue direkte Steuer notwendig wäre.

Bei einem richtigen Zertifikatesystem wird allerdings die Zertifikatmenge begrenzt, und der Preis bildet sich am Markt und ist flexibel.

Die Regierung macht aber das genaue Gegenteil. Es gibt unendlich viele Zertifikate, und der Preis wird planwirtschaftlich von der Regierung vorgegeben. Willkommen in der DDR 2.0!

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Vermutlich wird das Ganze am Ende verfassungswidrig sein. Aber was juckt die Regierung die deutsche Verfassung? Was einmal eingeführt wurde, wird nicht wieder zurückgenommen. Denken Sie in diesem Zusammenhang an den Soli.

Natürlich hat das System, das uns die Bundesregierung vorschlägt, auch Lücken. Lkw-Fahrer tanken im Ausland. Auch die Tankstellen werden ihren Diesel eventuell nicht aus Köln-Godorf, sondern aus Belgien oder den Niederlanden beziehen, wo keine Ext-rasteuer anfällt – dank freiem EU-Handel. Dies führt dann natürlich zu Umwegen, die wieder die Umwelt belasten.

Mit einer neuen Steuer können wir also die Welt nicht retten. Wenn Sie wirklich etwas für die Welt tun wollten, gäbe es genügend Ansätze. In Deutschland könnten wir zum Beispiel damit aufhören, Nahrungsmittel als Biosprit in unseren Autos zu verbrennen. In den ärmeren Ländern könnten wir auch jetzt schon etwas tun, zum Beispiel den Bau von Brunnen oder Sanitäreinrichtungen fördern.

Aber alle diese Dinge muss sich Deutschland auch leisten können. Wir brauchen also gut bezahlte Industriearbeitsplätze. Doch gerade hier will die SPD den Industriepflichtort Deutschland bekämpfen. Die Arbeiter bei thyssenkrupp, bei Ford und in vielen anderen Firmen sollen nach Meinung der SPD jetzt gefälligst umerzogen werden. Die Arbeiter sollen transformiert werden. Das Ganze nennt die SPD in ihrem Antrag dann Transformationskurzarbeitergeld.

Warum formulieren Sie es nicht einfacher, liebe SPD? Sie wollen keine Arbeiter mehr in Deutschland. Deshalb kursiert unter den Arbeitern in Deutschland inzwischen der Spruch: Wer hat sie verraten? Die Sozialdemokraten!

(Beifall von der AfD – Frank Sundermann [SPD]: Pfui! – Christian Dahm [SPD]: Unglaublich!)

– Das sagen die Arbeiter.

Hören Sie deshalb auf, unsere Menschen und unsere Industrie immer weiter zu belasten. Wir brauchen unsere Industrie, und wir brauchen diese Arbeitsplätze. Davon leben wir in Deutschland und gerade in NRW.

Fragen Sie Menschen in Gelsenkirchen-Süd oder in Duisburg-Nord, warum sie ihre Arbeitsplätze verloren haben

(Michael Hübner [SPD]: Da waren Sie doch noch nie!)

und warum Sie es nicht geschafft haben, neue Industrie anzusiedeln. Die Energiepreise sind die höchsten in der Welt, und auch bei den Steuern und Sozialabgaben sind wir inzwischen leider Weltspitze.

Was wir also nicht brauchen, sind neue Steuern, Abgaben oder Verbote, zum Beispiel von Ölheizungen. Sagen Sie Nein zu den Plänen der Bundesregierung, und stimmen Sie für unsere Menschen in NRW und damit für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Insgesamt vier Abstimmungen sind jetzt durchzuführen.

Wir stimmen erstens über den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7532 ab. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/7532. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Der **Antrag Drucksache 17/7532** ist damit **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/7538 ab. Auch hier hat die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/7538. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das ist die Fraktion der Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und AfD sowie die beiden Fraktionslosen. Enthaltungen? – Damit ist der **Antrag Drucksache 17/7538** **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/7606 ab. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU, die FDP, die AfD und die beiden Fraktionslosen. Wer enthält sich? – Die Fraktion der Grünen. Damit ist auch der **Entschließungsantrag Drucksache 17/7606** **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/7611 ab. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne, AfD und die beiden Fraktionslosen. Wer enthält sich? – Das ist damit auch klar. Der **Entschließungsantrag Drucksache 17/7611** ist damit **angenommen**.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Ich rufe auf:

5 30 Jahre Mauerfall – Der friedlichen Wende ein würdiges und angemessenes Andenken bewahren!

Resolution
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7533

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7609

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion der AfD dem Abgeordneten Tritschler das Wort.

(Unruhe)

Herr Tritschler, warten Sie bitte einen Moment, bis etwas mehr Ruhe eingetreten ist und die Kolleginnen und Kollegen, die das vorhatten, den Saal verlassen haben. – Bitte.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn SPD und Grüne hier salbungsvolle Erklärungen zum Mauerfall abgeben – die SPD hat ja aus Angst vor uns sogar auf einer zweiten Debatte bestanden –, dann muss man eigentlich nur nach Berlin schauen, um zu erkennen, wie ernst man das nehmen kann.

Lassen wir also die Sonntagsreden aus der ersten Debatte einmal beiseite und schauen auf die Fakten. Erst im letzten Jahr haben SPD und Grüne gemeinsam mit der Linken – der Ex-SED – Hubertus Knabe, den verdienten Leiter der Stasigedenkstätte in Hohenschönhausen, abgesetzt. Wahrscheinlich ist er zu streng mit der DDR umgegangen. Eine Vielzahl